

# Dachauer Hefte

Studien und Dokumente zur Geschichte  
der nationalsozialistischen Konzentrationslager

Im Auftrag des Comité  
International de Dachau, Brüssel,  
herausgegeben von  
Wolfgang Benz  
und Barbara Distel

Umfang bis zu 250 Seiten.  
Eine Ausgabe jährlich.  
Im Abonnement DM 22,-  
(Einzelpreis DM 26,-)

Verlag Dachauer Hefte  
Alte Römerstraße 75  
85221 Dachau

Jede Ausgabe ist einem Thema ge-  
widmet oder hat einen thematischen  
Schwerpunkt:

Die Befreiung (1985)\*  
Sklavenarbeit im KZ (1986)\*  
Frauen - Verfolgung und  
Widerstand (1987)\*  
Medizin im NS-Staat (1988)\*  
Die vergessenen Lager (1989)  
Erinnern oder Verweigern (1990)\*  
Solidarität und Widerstand (1991)  
Überleben und Spätfolgen (1992)  
Die Verfolgung von  
Kindern und Jugendlichen (1995)  
Täter und Opfer (1994)  
Orte der Erinnerung 1945-1995 (1995)  
Konzentrationslager  
Lebenswelt und Umfeld (1996)\*  
Gericht und Gerechtigkeit (1997)  
Verfolgung als Gruppenschicksal (1998)

\*vergriffen



46. Jahrgang · ISSN 0044-2828

ZfG Zeitschrift für  
Geschichtswissenschaft

1998

Herausgegeben von

WOLFGANG BENZ  
GEORG G. IGGERS  
FRITZ KLEIN  
ERNST SCHUBERT  
PETER STEINBACH  
LUDMILA THOMAS

## Novemberpogrom 1938

*Reaktionen und Wirkungen*

Mit Beiträgen von

Wolfgang Benz  
Regina M. Delacor  
Barbara Distel  
Daniel Gerson  
Bettina Goldberg  
Hermann Graml  
Beate Kosmala  
Michele Sarfatti  
Erika Weinzierl

# ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT

© 1998 Friedrich Veitl, Metropol-Verlag  
Kurfürstenstraße 135, 10785 Berlin, Telefon (030) 2 61 84 60, Fax (030) 2 65 05 18  
Internet: <http://www.metropol-verlag.de>  
e-mail: [veitl@metropol-verlag.de](mailto:veitl@metropol-verlag.de)

Redaktion:  
Friedrich Veitl (verantwortlich), Günter Braun,  
Jürgen Danyel, Markus Meckl und Gerd-Rüdiger Stephan  
Ernst-Reuter-Platz 7, 10587 Berlin  
Telefon (030) 31 42 54 89  
E-mail: [veit 0154@mailszrz.zrz.tu-berlin.de](mailto:veit 0154@mailszrz.zrz.tu-berlin.de)  
ZfG im Internet: <http://zfa.kgw.tu-berlin.de/zfg>

Bestellungen bitte an den Verlag. Vertrieb und Anzeigenannahme: Metropol-Verlag Berlin.  
Manuskripte nach Vorabsprache an die Redaktion senden (nach Möglichkeit Diskette beilegen). Für unverlangt eingegangene Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.  
Die ZfG veröffentlicht keine Zweitdrucke bereits erschienener Aufsätze sowie keine auch andernorts zur Veröffentlichung angebotenen Beiträge. Die Auswahl der Bücher zur Rezension behält sich die Redaktion vor.

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint monatlich.

Einzelheftpreis 24,- (zuzügl. Versandkosten und Porto);

Jahresbezugspreis Inland 238,- DM (einschl. Versand und Porto);

Ausland 238,- DM (zuzügl. 24,- DM Versand und Porto);

Studentenvorzugsabonnement: 178,50 DM; alle Preise einschl. Mehrwertsteuer.

Der Abonnent kann seine Bestellung innerhalb von sieben Tagen schriftlich beim Verlag widerrufen. Zur Fristwahrung genügt das Datum des Poststempels. Das Abonnement verlängert sich zu den jeweils geltenden Bedingungen um ein Jahr, wenn es nicht zwei Monate vor Jahresende schriftlich gekündigt wird.

Druck: H. & H. Russ GmbH, Berlin

Die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* erscheint monatlich im Metropol-Verlag. Sie ist ein Fachorgan für Historiker, Geschichtslehrer, Archivare, Studierende und Interessenten an Geschichte und verwandten Disziplinen wie Völkerkunde, Politische Wissenschaft, Altertums-wissenschaften, Kunstgeschichte u. a.

Die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* veröffentlicht Beiträge zu zentralen Problemen der deutschen Geschichte, der europäischen und Universalgeschichte sowie zu Fragen der Geschichtswissenschaft und Geschichtsschreibung.

Die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* hat einen umfangreichen Rezensionsteil. In jedem Heft werden bis zu 40 Neuerscheinungen besprochen.

## ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT

46. Jahrgang 1998

Heft 11

### INHALT

#### ARTIKEL

- WOLFGANG BENZ: Applaus, Beteiligung, Mißbilligung  
*Zum Verhalten des Publikums in der „Reichskristallnacht“* ..... 963
- BETTINA GOLDBERG: Die Zwangsausweisung der polnischen Juden aus  
dem Deutschen Reich im Oktober 1938 und die Folgen ..... 971
- BARBARA DISTEL: „Die letzte ernste Warnung vor der Vernichtung“  
*Zur Verschleppung der „Aktionsjuden“ in die Konzentrationslager  
nach dem 9. November 1938* ..... 985
- HERMANN GRAML: Effekte der „Reichskristallnacht“ auf die britische und  
amerikanische Deutschlandpolitik ..... 991
- REGINA M. DELACOR: Die Reaktionen Frankreichs auf den  
Novemberpogrom 1938 ..... 998
- MICHELE SARFATTI: Der Novemberpogrom 1938 in Deutschland und die  
antijüdische Politik des italienischen Achsenpartners ..... 1007
- DANIEL GERSON: Zwischen Antinazismus und Antisemitismus:  
Schweizer Reaktionen auf den Novemberpogrom ..... 1014
- ERIKA WEINZIERL: Die Folgen der Reichspogromnacht in der „Ostmark“ ..... 1028
- BEATE KOSMALA: Pressereaktionen in Polen auf den Novemberpogrom 1938 in  
Deutschland und die Lage der polnischen Juden ..... 1034

#### REZENSIONEN

##### Allgemeines

- Istoriya Dani i drevnejšich vremen do načala XX veka* (Geschichte Dänemarks  
von den ältesten Zeiten bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts).  
Rossijskaja Akademija Nauk, Institut Vseobščej Istorii, Centr Istorii  
i Kultury Severnoj Evropy. Red. O. V. Černyševa, V. A. Antonov,  
Ju. V. Kudrina, V. V. Roginskij, A. A. Svanidze. Moskva 1996 (Fritz Petrick) ..... 1046

##### Frühe Neuzeit

- THOMAS FRICKE: *Zigeuner im Zeitalter des Absolutismus*. Bilanz einer einseitigen  
Überlieferung. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung anhand

DANIEL GERSON

## Zwischen Antinazismus und Antisemitismus: Schweizer Reaktionen auf den Novemberpogrom

Am 9. November 1938, als das nationalsozialistische Regime die „Reichspogromnacht“ inszenierte, gab der schweizerische Bundesrat in einer Note an Berlin seine formelle Zustimmung zur Einführung einer Kennzeichnung der Pässe aller deutschen Juden, des sogenannten J-Stempels, bekannt. Am 10. November ging die Polizei in einer landesweit angelegten Aktion gegen die faschistische Bewegung in der Schweiz, die sogenannten Fronten, mit Hausdurchsuchungen und der Beschlagnahmung von Propagandamaterial vor.<sup>1</sup>

Daß beide Ereignisse – die schweizerische Mitverantwortung für eine einschneidende, diskriminierende Maßnahme der deutschen und schweizerischen<sup>2</sup> Juden sowie die Bekämpfung der Schweizer Faschisten – zeitlich mit dem Novemberpogrom zusammenfielen, ist zunächst ein Zufall. Dennoch illustrieren diese Vorgänge exemplarisch die damalige Haltung der Schweiz gegenüber der antisemitischen Politik des Dritten Reiches, den Juden in der Schweiz und der faschistischen Bewegung im eigenen Land: Anpassung an die Forderungen des mächtigen antisemitischen Nachbarstaates und Diskriminierung der eigenen jüdischen Bürger bei gleichzeitiger Bekämpfung der offen faschistisch agierenden Gruppierungen.

Die Reaktionen der Schweizer Diplomatie und der Schweizer Presse, die in diesem Beitrag untersucht werden, müssen vor dem Hintergrund der bereitwilligen Anpassung an antisemitische Strömungen im In- und Ausland und der Bekämpfung faschistischer und staatsgefährdender Tendenzen im Innern betrachtet werden. Es wird deshalb aufzuzeigen sein, ob und inwieweit sich diese Mischung aus antisemitisch geprägter Distanz gegenüber den Opfern nazistischer Gewalt und gleichzeitiger Ablehnung faschistischer und nationalsozialistischer Bewegungen in den untersuchten diplomatischen Akten und Zeitungsberichten wiederfinden läßt.

### *Die Reaktionen der Schweizer Diplomatie<sup>3</sup>*

In seiner Monographie „Die Schweizer Gesandtschaft in Berlin“ hält Paul Widmer nüchtern fest: „Die grösste Herausforderung für die Schweizer Gesandtschaft stellte sich, wenn man zurückblickt, auf moralischem Gebiet. Wie hat der diplomatische Außenposten auf die Judenverfolgungen reagiert?“<sup>4</sup>

Zum Zeitpunkt der Reichspogromnacht war Hans Frölicher Gesandter in Berlin, ein Diplomat, der zwar kein eigentlicher Sympathisant der Nationalsozialisten war, aber wie

<sup>1</sup> Jacques Picard, *Die Schweiz und die Juden 1933–1945*, Zürich 1994, S. 121 und 159 ff.

<sup>2</sup> Die deutsche Regierung hatte sich auch das Recht ausbedungen, für Pässe von Schweizer Juden bei der Einreise nach Deutschland eine Kennzeichnung zu verlangen.

<sup>3</sup> Die diplomatischen Dokumente entstammen der publizierten Sammlung „Documents Diplomatiques Suisses 1848–1945, Bd. 12 (1937–1938)“.

<sup>4</sup> Paul Widmer, *Die Schweizer Gesandtschaft in Berlin. Geschichte einer schweizerischen diplomatischen Mission*, Zürich 1994, S. 101.

viele Mitglieder der deutsch-schweizerischen Elite eine tiefe Bewunderung für Deutschland hegte und dem Erstarken des Deutschen Reiches unter Adolf Hitler wohlwollend gegenüberstand.<sup>5</sup> Seine Berichte nach Bern zu den Judenverfolgungen im November 1938 lesen sich als nüchterne Bestandsaufnahmen des Geschehens. Zu Beginn des ersten Schreibens, in dem er auf den Pogrom eingeht, betont Frölicher, daß entgegen der Aussagen der deutschen Pressestellen die „Vorgänge [...] nicht spontane Handlungen aus der Bevölkerung heraus waren, sondern von gewisser Seite systematisch organisiert und befohlen worden sind“.<sup>6</sup> Die jüdischen Opfer erwähnt der Bericht nur, wenn es sich um Juden mit schweizerischer Nationalität handelt. Ausführlich schildert Frölicher seine Interventionen zugunsten der von den Verfolgungen betroffenen Schweizern in Berlin.<sup>7</sup>

Anders lesen sich die Briefe des in Köln ansässigen Schweizer Konsuls von Weiss, der ausführlich von seinen Beobachtungen in Berlin und Köln berichtet und starke Sympathien für die Opfer erkennen läßt. Detailliert schildert von Weiss die Zerstörung der Kölner Synagogen: „Durch die zerbrochenen Fensterscheiben wurden Ekrasitbomben geworfen, und als der Zugang frei war, wurde geradezu mit Raffinement alles kurz und klein geschlagen. Die für die rituelle Handlung benutzten Zylinderhüte flogen auf die Straße und dienten der Jugend zum Fußballspiel. Ebenso ging es mit den pietätvoll aufbewahrten Pergamentrollen, auf denen das Alte Testament geschrieben steht; ich darf Ihnen hier ein Stückchen einer solchen Rolle zusenden, die, wie mir ein Gewährsmann sagte, ein Stück aus der Genesis des Pentateuch enthält.“<sup>8</sup>

Mit dieser bemerkenswerten Geste, der Rettung und Übersendung eines geschändeten Teils der Heiligen Schrift als Zeugnis der begangenen Verbrechen, macht von Weiss deutlich, daß mit der Verfolgung der Juden und der Vernichtung ihrer Kultur in Deutschland auch das Fundament der christlich-abendländischen Zivilisation in Frage gestellt wird. Die Distanz zum Geschehen in Deutschland, die Frölicher aufrechterhalten kann, wird hier aufgehoben. An anderer Stelle geht von Weiss auf die Ängste der Katholiken vor einer Schändung ihrer Gotteshäuser ein und benennt damit das grundsätzlich Inhumane des Nazismus.<sup>9</sup> Den eindeutig jüdenfeindlichen Aspekt des nationalsozialistischen Terrors verliert der Konsul jedoch nicht aus den Augen, wenn er den Gauleiter Grohé als „fanatischen Judenfresser“<sup>10</sup> bezeichnet.

Ohne jede Anteilnahme und geradezu erschreckend nüchtern berichtet dagegen der Gesandte Frölicher nach Bern: „Im Nachgang zu meinem Bericht vom 11. dieses Monats betreffend die antijüdischen Vorgänge in Deutschland kann ich Ihnen erfreulicherweise melden, dass [...] nur wenige Schweizerbürger zu Schaden gekommen sind.“<sup>11</sup> Frölicher ist jedoch fähig, die Tragweite der antijüdischen Maßnahmen im Reich richtig zu beurteilen. Er beschreibt in einer Denkschrift an Außenminister Motta vom 14. Dezember 1938 die ausweglose Situation der deutschen Juden mit nüchternen Worten: „Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass Deutschland eine vollständige Eliminierung der Juden herbeizuführen beabsichtigt. Die Zerstörungen, die nach der Ermordung des Legationsrates vom Rath in Deutschland planmässig vorgenommen worden sind, werden sich zwar nicht mehr wieder-

<sup>5</sup> Ebenda, S. 197 ff.

<sup>6</sup> Documents Diplomatiques Suisses 1848–1945, Bd. 12 (1937–1938), S. 1013 ff.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 1014 ff.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 1018 ff.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 1019.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 1020.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 1021.

holen. Dagegen wird durch immer weitergehende Massnahmen die Existenzmöglichkeit der Juden eingeschränkt mit dem Ziel, sie zur Auswanderung zu veranlassen.<sup>12</sup>

Ähnlich sachlich und bar jeglichen Engagements zugunsten der Verfolgten fordert Außenminister Motta etwas umwunden, aber doch deutlich seinen Berliner Chefdiplomaten auf, ja kein unangebrachtes Eintreten für die Juden erkennen zu lassen: „Wir glauben, Sie jedoch nicht beauftragen zu sollen, grundsätzliche Vorbehalte anzubringen. Solche Schritte, die zudem als eine Stellungnahme zu den Massnahmen Deutschlands gegen die Juden missdeutet werden können, bieten erfahrungsgemäss kaum irgendwelche Erfolgsaussichten.“<sup>13</sup> Der Diplomat in Berlin wird sich selbst nach Beginn der „Endlösung“ noch an diese Maxime halten und weiterhin präzise Berichte nach Bern schicken, ohne aber in irgendeiner Form zugunsten der Juden zu intervenieren, denen bereits 1938, wie er richtig erkannte, die Existenzmöglichkeit in Deutschland genommen worden war.<sup>14</sup>

Eine ähnliche Mischung aus emotionsloser Distanz und klarer Erfassung der Folgen der nationalsozialistischen Politik für die Juden spricht aus einem Schreiben Minister Stuckis, des Schweizer Chefdiplomaten in Paris, der nach einem Gespräch mit Staatssekretär von Weizsäcker nach Bern berichtet: „Die noch in Deutschland verbliebenen circa 500 000 Juden sollten unbedingt irgendwie abgeschoben werden, denn sie könnten in Deutschland nicht bleiben. Wenn, wie bisher, jedoch kein Land bereit sei, sie aufzunehmen, so gingen sie eben über kurz oder lang ihrer vollständigen Vernichtung entgegen.“<sup>15</sup>

Doch nicht nur die offiziellen Vertreter der Schweiz werden zu Zeugen der Vernichtung des deutschen Judentums. In Berlin wurde ein Schweizer Hobbyfotograf von der Menge befreit und schließlich verhaftet, ein Vorgang, den Frölicher als Zeichen der Scham vieler Deutschen wertet, die nur ungern Zeugnisse ihrer Barbarei festhalten ließen.<sup>16</sup> In Friedberg bei Frankfurt am Main wurde ein Schweizer Student verhaftet, der die Demolierung eines jüdischen Geschäftes fotografierte. Konsul Dasen in Frankfurt fügt folgenden kurzen Kommentar seinem Schreiben an Frölicher bei: „Ich habe es nicht verfehlt, Herrn Hirschi den Vorwurf zu machen, dass es überaus unklug von ihm gewesen sei, zu photographieren.“<sup>17</sup> Offensichtlich darf die Vernichtung der jüdischen Kultur im Reich das schweizerisch-deutsche Verhältnis unter keinen Umständen beeinträchtigen.

#### *Die veröffentlichte Meinung in der Presse*

Ende der dreissiger Jahre verfügte die Schweiz über eine vielfältige und politisch breit geächerte Presselandschaft, die die politischen Machtverhältnisse im Land gut widerspiegelte. In den Städten dominierten zumeist die bürgerlich-liberalen Presseorgane der mächtigsten Partei des Landes, der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP). In den zumeist agrarisch dominierten, katholischen Kantonen prägten Zeitungen des katholisch-konservativen Spektrums die öffentliche Meinung. Daneben gab es auch in allen größeren Gemeinden sozialdemokratische Blätter. Die Sozialdemokratie war mit Ausnahme einzelner städtischer Kommunen politisch von der Macht ausgeschlossen.<sup>18</sup>

<sup>12</sup> Ebenda, S. 1107.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 1037.

<sup>14</sup> Widmer, Schweizer Gesandtschaft, S. 256.

<sup>15</sup> Documents Diplomatiques, S. 1031.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 1012 ff.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 1017.

<sup>18</sup> Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Bd. III, Basel 1983, S. 158 ff.

Die im folgenden untersuchten Presseartikel wurden nach folgenden Kriterien ausgewählt: – Die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) war die bedeutendste bürgerlich-liberale schweizerische Tageszeitung und galt 1938 als das wichtigste deutschsprachige Presseerzeugnis außerhalb des nationalsozialistischen Machtbereichs.

– Mit der Auswertung der rechtsextremen und antisemitischen Zeitung *Die Front* wird die Wahrnehmung der Ereignisse durch diejenigen Schweizer ersichtlich, die sich am weitesten mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft identifizierten.

– In der Berichterstattung des *Israelitischen Wochenblattes* wird die Stimme der Bevölkerungsgruppe in der Schweiz hörbar, die am direktesten vom antisemitischen Terror in Deutschland betroffen war.

– Die Presseauschnittsammlung der *Jüdischen Nachrichten* (JUNA)<sup>19</sup> zur Pogromnacht bietet eine umfassende Auswahl kleinerer lokaler Zeitungen und gibt einen guten Überblick zu den Reaktionen in verschiedenen Regionen der Eidgenossenschaft.

#### *Die Neue Zürcher Zeitung*

Die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) wurde seit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft wiederholt im Deutschen Reich verboten, weil ihre Berichtersteller die Regierung Hitlers kritisierten oder das Geschehen zumindest ungeschminkt darstellten. Als deutschsprachige Zeitung bedrohte die NZZ stärker als andere ausländische Presseerzeugnisse das Informationsmonopol der gleichgeschalteten Presse innerhalb Deutschlands.<sup>20</sup>

Am 8. November erscheint in der NZZ eine kurze Notiz, die das Attentat Grynszpan auf vom Rath festhält und kurz auf die Lebensumstände des Täters eingeht.<sup>21</sup> In einer zweiten Meldung vom gleichen Tag wird aber bereits mit der Überschrift „Folgen für die Juden in Deutschland“ der Blick vom Attentat auf die Lage der Juden im Deutschen Reich gelenkt: „Das Attentat Grynszpan wird, wie man von unterrichteten Berliner Kreisen erfährt, aller Wahrscheinlichkeit nach schwere Folgen für die Juden in Deutschland und auch für die hier lebenden Juden ausländischer Staatsangehörigkeit haben. Welcher Art die Massnahmen der Reichsregierung sein werden, ist noch nicht zu erfahren.“<sup>22</sup> In den weiteren Berichten des 8. November wird von der jüdenfeindlichen Hetze in der Deutschen Presse berichtet, die das Attentat als jüdisches Komplott schildere. Ausführlich wird das „Schwarze Korps“ zitiert, das unter anderem die Enteignung und Ghettoisierung der Juden fordert.

Die Berichterstattung des 9. November enthält die Meldung über den Tod vom Raths. Darauf folgt ein kurzer Bericht über das Verhör Grynszpan, der mit den Worten zitiert wird, er habe weder aus Haß noch aus Rache gehandelt, sondern aus Liebe zu seinen Eltern und zu seinem Volk, das auf ungerechte Weise unerhört zu leiden habe.<sup>23</sup> Auf der Grundlage einer Meldung von United Press berichtet die NZZ über die ersten konkreten „Vergeltungsmaßnahmen gegen die deutschen Juden“.<sup>24</sup>

Im weiteren stützt sich die NZZ auf das nationalsozialistische Deutsche Nachrichtenbüro (DNB) vom 8. November. Unter der Überschrift „Demonstrationen in Kassel“ wird die

<sup>19</sup> Zur Geschichte und Bedeutung der JUNA vgl. die Passagen im entsprechenden Abschnitt.

<sup>20</sup> Widmer, Schweizer Gesandtschaft, S. 171 ff.

<sup>21</sup> Neue Zürcher Zeitung, 8. 11. 1938.

<sup>22</sup> Ebenda.

<sup>23</sup> Ebenda, 9. 11. 1938.

<sup>24</sup> Ebenda.

Zerstörung jüdischer Geschäfte und der Kasseler Synagoge als „spontane Demonstration“ geschildert.<sup>25</sup> Dieser tendenziöse Bericht, der, wie alle Agenturmeldungen des DNB, von der NZZ nicht kommentiert wird, bildet den Auftakt zur eigentlichen Berichterstattung über den Pogrom.

Die Ausgaben vom 10. November stehen dann ganz im Zeichen der Pogromnacht. Ausführlich wird die Situation in Berlin geschildert, wo bei den Juden „panikartiger Schrecken“ vor Vergeltungsmaßnahmen herrsche. Es sei ein großer Ansturm auf die Auswanderungs- und Reisebüros zu beobachten. Die nach der Nacht vom 9. auf den 10. November geschriebenen Berichte gehen unter dem Titel „Judenfeindliche Ausschreitungen“ auf den Pogrom in Berlin ein. Für Meldungen aus der Provinz greift die NZZ gelegentlich auf DNB-Nachrichten zurück. So kommt es, daß in einem Bericht aus Dessau die „allgemeine Erregung“ der lokalen Bevölkerung geschildert wird, wo die Polizei „zum Schutze der Juden“ eingesetzt worden sei.<sup>26</sup>

Einen spezifisch schweizerischen Aspekt erhält die Berichterstattung durch die kurzen Mitteilungen über die Zerstörung von Synagogen in unmittelbarer Nähe der Schweizer Grenze (Gailingen, Konstanz, Randegg). In der Schweizer Nachbargemeinde Gailingens, Diessenhofen, in der sich eine Gemeinde ehemaliger Gailinger Juden gebildet hatte, wird von der Vergeltungsmaßnahme eines Schweizer Juden berichtet. Ein jüdischer Fabrikbesitzer in Diessenhofen entließ, aufgrund der Verfolgung im benachbarten Deutschland, seine deutschen Arbeiter.<sup>27</sup>

Über den Pogrom in Berlin erhält der Leser ein ungeschminktes Bild des Geschehens: „Eine Schreckensnacht in Berlin. Die furchtbarste antisemitische Welle seit dem Regimewechsel von 1933 hat sich in der vergangenen Nacht und am frühen Donnerstagmorgen über ganz Deutschland ergossen.“ Es folgen detaillierte Beschreibungen der Zerstörung jüdischer Geschäfte und Synagogen. Der Bevölkerung unterstellt der NZZ-Reporter jedoch keine Mitwirkung an den Ausschreitungen: „Die Bevölkerung, zur Ehre des deutschen Volkes sei es gesagt, zeigt sich zum allergrössten Teil über die Exzesse empört, und viele Leute auf der Straße halten mit offener Kritik nicht zurück.“ Die in Wirklichkeit kaum vernehmbaren und wirkungslosen Mißbilligungen von Teilen der deutschen Bevölkerung werden als Zeichen von Ablehnung gewertet. Schon am folgenden Tag muß der Berichtersteller vermelden, daß der Mut schnell zum Erliegen gekommen sei: „Die Äusserungen der Mißbilligung, die noch am Vormittag zu hören waren, sind verstummt, da es niemand gerne mit den keulenträgenden Stosstrupps, hinter denen die Macht der Behörden steht, aufnimmt.“<sup>28</sup>

Wiederholt ist in der Berichterstattung von „der Judenfrage“ die Rede, als seien die Juden und nicht die deutschen Nationalsozialisten Urheber der Ereignisse gewesen.<sup>29</sup> Auch im Versuch, das Geschehen zu werten, wird ersichtlich, daß es dem Berichtersteller bei aller Ausführlichkeit seiner Beobachtungen schwer fällt, das Ausmaß der verbrecherischen Aktion zu erkennen. Selbst eine Äußerung Goebbels' verwendet er dazu, den Pogrom weniger grausam erscheinen zu lassen: „In Übereinstimmung mit den Erklärungen Dr. Goebbels' [...], soweit wir die Vorgänge mit eigenen Augen verfolgen konnten, sind keine körperlichen Misshandlungen von Juden festzustellen.“ Meldungen über Gewalt und Mord will der

25 Ebenda.

26 NZZ, 10. II. 1938.

27 Ebenda.

28 NZZ, 11. II. 1938.

zumeist wohl informierte Mann keinen Glauben schenken, obwohl die NZZ in der gleichen Ausgabe erste Berichte über Selbstmorde und Massenverhaftungen von Juden veröffentlicht, die das Ausmaß des Gewaltpotentials erkennen lassen.

An anderer Stelle schreibt der Berlin-Korrespondent von „einem Vernichtungsfeldzug“ gegen die deutschen Juden und erwähnt „einzelne Ermordungen“.<sup>30</sup> Bezeichnend für eine Berichterstattung, die zwar die Vorgänge genau beschreibt, die Gründe jedoch nicht klar beim Namen nennen will, ist dann jener Satz, der die Verfolgungen als fast schicksalhaft darstellt: „Das Verhängnis, das über die deutschen Juden hereingebrochen ist, setzt sich Schlag auf Schlag fort.“

Auch in den folgenden Tagen schildert der Korrespondent umfassend und detailliert die Judenverfolgungen im Reich; er scheut sich auch nicht, von einer „Vernichtungsaktion gegen die deutschen Juden“ zu sprechen. Damit ist noch nicht die physische Vernichtung der Juden gemeint, sondern die Zerstörung ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage durch den Pogrom: die Geldbuße von einer Milliarde Mark und die „Verordnung über die vollständige Beseitigung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“. In einem Artikel vom 13. November wird denn auch zum ersten Mal ein klarer Brückenschlag von der Situation der Juden im Deutschen Reich zur Flüchtlingspolitik vollzogen. „Durch die Verordnung über die vollständige Beseitigung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben auf den 1. Januar 1939 wird die Existenz von mehr als 100 000 deutschen Juden vernichtet. [...] Die Unterhaltsfrage wird zu einem brennenden Problem, besonders da an eine Auswanderung kaum zu denken ist. Man steht vor dem Eindruck, es werde kaum ein anderer Weg übrig bleiben, als daß sich die deutsche Judenschaft enger zusammenschließt und aus dem ihr verbleibenden den gemeinsamen Unterhalt bestreitet, bis es im Laufe der Jahre möglich sein wird, die Juden aus Deutschland zu evakuieren.“<sup>31</sup>

Einer ungeschönten Analyse der ausweglosen Situation der deutschen Juden steht auch an dieser Stelle die Feststellung gegenüber, daß vorläufig an keine Rettung der Juden von außen zu denken sei und sie sich selber mit ihren eigenen Ressourcen am Leben erhalten müßten. Die Möglichkeit einer Intervention oder einer internationalen Rettungsaktion zugunsten der Verfolgten findet nicht einmal als Hypothese Erwähnung.

Knapp eine Woche nach dem Pogrom rückt auch für die NZZ das „Flüchtlingsproblem“ vermehrt ins Blickfeld. Regelmäßig berichtet sie über die Pläne europäischer Staaten, die verfolgten Juden irgendwo in der Welt anzusiedeln. So wird im November 1938 ausführlich darüber geschrieben, ob den Juden in einer afrikanischen Kolonie Großbritanniens Siedlungsraum geboten werden könne.<sup>32</sup> Es finden sich auch Reportagen zu konkreteren Hilfsmaßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene. Ausführlich wird über die privaten und staatlichen Hilfsmaßnahmen in den Niederlanden berichtet. Besonders die Bemühungen der niederländischen Regierung zu einer umfassenden Lösung des Flüchtlingsproblems werden aufmerksam verfolgt. „Im Sinn einer ersten Hilfsmassnahme seien einige hundert jüdische Kinder zugelassen worden, für deren Unterbringung Sorge getragen würde. Eine unbeschränkte Zulassung von Emigranten sei unmöglich. Holland sei natürlich nicht imstande, den Einwanderungsstrom von Hunderttausenden allein zu absorbieren. Die holländische Regierung habe sich sofort mit den Regierungen von England, Frankreich, Belgien,

30 Ebenda.

31 Ebenda, 13. II. 1938.

er Schweiz und Dänemark in Verbindung gesetzt, um zu erfahren, welche Schritte man dort unternehmen gedenke.“<sup>33</sup>

Auch in den USA und in Großbritannien laufen Solidaritätsaktionen zugunsten der Verfolgten. Der NZZ-Korrespondent in London mahnt die Schweizer Behörden: „Man erwartet natürlich auch von der Schweiz einiges Entgegenkommen; der Ernst und die Wärme, mit der sie entsprechenden Vorbereitungen in den Vereinigten Staaten und anderswo betrieben werden, lassen es als geboten erscheinen, dass wir das in unseren Kräften liegende tun.“<sup>34</sup>

Die offizielle Schweiz reagiert am 18. November mit einer Note, die vollständig in der NZZ abgedruckt wird und die sich durch eine Mischung aus Selbstgerechtigkeit und Unverbindlichkeit auszeichnet: „Der Bundesrat hat das Politische Departement [das Außenministerium, D. G.] beauftragt, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Wie der schweizerische Delegierte am 11. Juli 1938 an der Intergouvernementalen Konferenz in Evian ausgeführt hat, ist die Schweiz immer bereit, den Unglücklichen Hilfe zu bringen. Sie hat ständig Proben abgelegt dafür, aber ihre Hilfsmittel sind nicht unbegrenzt. Die Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich, die sie seit dem März dieses Jahres aufgenommen hat, sind für die zahlreichen öffentlichen und privaten Hilfsstellen, die sich mit diesen trübseligsten Mitgefühl erweckenden Ausländern befassen, eine sehr schwere Last, die kaum noch vergrössert werden kann. Angesichts der geographischen Lage, der Überfremdung und der seit Jahren bestehenden Arbeitslosigkeit kann die Schweiz für die Flüchtlinge aus Deutschland nur ein Transitland sein. Sie kann deshalb auf ihrem Gebiet einen Zustrom von Flüchtlingen ohne Kontrolle im Einzelfalle nicht aufnehmen. Die Grenzen sind jedoch nicht völlig geschlossen; alle Zureisegesuche, die sehr zahlreich sind, werden sorgfältig geprüft und Bewilligungen im Einzelfall werden im Rahmen des Möglichen erteilt. Es versteht sich von selbst, daß dieser Rahmen abhängig ist von den für die Flüchtlinge aus Deutschland zu schaffenden Möglichkeiten für die endgültige Zulassung in anderen Ländern, und daß er sich mit diesen erweitern kann. Die holländische Gesandtschaft wurde demgemäss gebeten, ihrer Regierung zu versichern, dass die Schweiz für die Flüchtlinge aus Deutschland alles tut, was in ihren Kräften liegt.“<sup>35</sup>

Die Note ist vor dem Hintergrund des kurz zuvor eingeführten J-Stempels zu sehen und kann nur noch als zynisch gewertet werden. Die Schweiz tat Ende 1938 alles, um möglichst keine Flüchtlinge ins Land zu lassen. Der St. Galler Polizeihauptmann Grüninger, der zwischen Sommer 1938 und Winter 1939 einige hundert Juden illegal einreisen ließ, wurde fristlos entlassen und vor Gericht gestellt.<sup>36</sup>

Die offizielle Schweiz bemühte sich, nach außen das Bild eines humanitären und gastfreundlichen Asyllandes zu zeichnen, während in der Praxis eine restriktive und judenfeindliche Immigrationspolitik betrieben wurde.<sup>37</sup> Diese Imagepflege wird auch in einer Meldung der NZZ deutlich, in der die eidgenössische Fremdenpolizei mitteilen läßt, daß in Not geratene Kinder aus dem Grenzgebiet sich vorübergehend in der Schweiz aufhalten dürften, sobald ihre

Weiterreise garantiert sei.<sup>38</sup> Gleichzeitig wird in Zusammenarbeit mit den Schweizer Behörden der J-Stempel in alle Pässe deutscher Juden eingetragen, damit die Einreise jüdischer Flüchtlinge aus dem Reich noch besser verhindert werden kann. Dieses judenfeindliche Vorgehen wird aber vor der Öffentlichkeit geheimgehalten und als deutsche Maßnahme deklariert.<sup>39</sup>

Von nichtstaatlicher Seite veröffentlichte allein die evangelisch-reformierte Kirche eine Erklärung, in der sie die Judenverfolgungen verurteilte und zur Solidarität mit den Opfern aufrief. Jedoch selbst in diesem Aufruf, der von Vertretern jener christlichen Konfession verfaßt wurde, die sich während des Krieges am entschiedensten für die Flüchtlinge einsetzen sollte,<sup>40</sup> wird die judenfeindliche Flüchtlingspolitik der Behörden übernommen: „Es schmerzt uns, dass die Rücksicht auf so viele arbeitslose Volksgenossen es uns verbietet, den gepeinigten Flüchtlingen, die wie ein gehetztes Wild von Land zu Land gejagt werden, ein schützendes Asyl zu bieten.“<sup>41</sup> So begnügt man sich mit einem Aufruf, für die Verfolgten zu spenden, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß nicht wenige Opfer des Nationalsozialismus Christen jüdischer Herkunft seien.

Der Berliner NZZ-Korrespondent beschwört in seinem Leitartikel vom 18. November zunächst die Naturgewalten. Unter dem Titel „Novembersturm: Judenverfolgung“ zieht der Autor eine vorläufige Bilanz des Geschehens. „Es brach mit der Heftigkeit der Novemberstürme die Kunde von der deutschen Judenverfolgung herein.“ Am Ende seines Berichts macht er dann doch menschliche Gewalt für die Verbrechen verantwortlich: „Wird die Geschichte so milde oder so kurzsichtig sein, daß sie dieses ebenso wohlüberlegte und planmäßige wie brutale Vernichtungswerk in ihren Annalen als den deutschen ‚Novemberpogrom‘ wortkarg registrieren und es bei der nüchternen Feststellung bewenden lassen wird, dass eines der höchstkultivierten und am meisten bewunderten Völker Europas und der Menschheit in einem Augenblick von grösster Machtfülle einen unwillkürlichen, schicksalhaften Rückfall erlitten hat?“<sup>42</sup>

Der NZZ-Journalist läßt mit dieser Aussage erkennen, daß er die letzten Jahre der antisemitischen Nazidiktatur als anscheinend nicht völlig unvereinbar mit seinem Bild deutscher Kultur angesehen hat. Erst dieser grösste Ausbruch staatlicher Gewalt, der „Novembersturm“, empört ihn, ohne daß er bereit wäre, die Täter beim Namen zu nennen.

### Die Front

Die sogenannte Frontenbewegung, eine schweizerische Ausformung des Faschismus, die zu Beginn der dreißiger Jahre vorübergehend in der deutschsprachigen Schweiz einige Erfolge bei Wahlen in kantonalen Parlamenten erzielen konnte, war 1938 im politischen Leben der Schweiz relativ bedeutungslos. Außerhalb der „Fronten“ jedoch fanden faschistische Ideen in etablierten rechts-bürgerlichen Kreisen durchaus Verbreitung.<sup>43</sup>

<sup>38</sup> NZZ, 20. II. 1938.

<sup>39</sup> Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*. Bd. 1: Die Jahre der Verfolgung 1933–1939, S. 285 ff.

<sup>40</sup> Zur Haltung der Kirchen gegenüber den jüdischen Flüchtlingen und der nationalsozialistischen Verfolgung siehe Jacques Picard, *Die Schweiz und die Juden 1933–1945*, Zürich 1994, S. 70 ff., und Hermann Kocher, „Rationierte Menschlichkeit“. Schweizer Protestantismus im Spannungsfeld von Flüchtlingen und öffentlicher Flüchtlingspolitik der Schweiz 1933–1948, Zürich 1996.

<sup>41</sup> NZZ, 15. II. 1938.

<sup>42</sup> Ebenda, 18. II. 1938.

<sup>43</sup> Walter Wolf, *Faschismus in der Schweiz. Die Geschichte der Frontenbewegung in der deutschen Schweiz 1933–1938*, Zürich 1960, S. 127 ff.

<sup>33</sup> Ebenda, 16. II. 1938.

<sup>34</sup> Ebenda.

<sup>35</sup> Ebenda, 19. II. 1938.

<sup>36</sup> Stefan Keller, *Grüningers Fall, Geschichten von Flucht und Hilfe*, Zürich 1993.

<sup>37</sup> Stefan Mächler, *Kampf gegen das Chaos – die antisemitische Bevölkerungspolitik der eidgenössischen Fremdenpolizei und Polizeibteilung 1917–1954*, in: Aram Mattioli (Hrsg.), *Antisemitismus in der Schweiz*, 1848–

Die *Front* und ihr nahestehende lokale Zeitungen nahmen die Ermordung vom Rath zum Anlaß, die Gefährlichkeit der Juden allgemein zu thematisieren und zugleich die Gefahr der „Emigranten“ für die Schweiz zu beschwören. Am 8. November druckte *Die Front* lediglich eine Meldung ab, in der der Anschlag als Racheakt für ausgewiesene Landsleute beschrieben wird.<sup>44</sup> Am folgenden Tag verschärft sich der Tonfall jedoch erheblich. „Die Judenheit wird die Zeche bezahlen müssen“, verkündet das Blatt. Im weiteren weiß es zu berichten, daß die „Erregung in Kreisen der nationalsozialistischen Partei ausserordentlich hoch“ sei. *Die Front* hat auch schon eine Verschwörungstheorie bezüglich des Attentates bereitet, die in fettgedruckten Lettern dem Leser nicht entgehen soll: „Man ist überzeugt davon, dass die gegen das nationalsozialistische Deutschland arbeitenden Emigrantenkreise, zumal auch die Intellektuellen, Urheber des Attentats seien.“ Die zumeist jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland werden zu potentiellen Mördern gestempelt, Belege für diese Theorie natürlich nicht genannt. Damit deutlich wird, daß Emigranten nicht nur gefährlich sind, sondern eng mit den kommunistischen Parteien kooperieren, wird zum Schluß des Berichts die Verantwortung für den Anschlag noch den „Emigrantenblättern“ und den „kommunistischen Zeitungen“ Frankreichs angelastet,<sup>45</sup> die angeblich internationale Spannungen heraufbeschwören wollen.

In den folgenden Tagen geht *Die Front* nur am Rande auf den Pogrom in Deutschland ein. Sie benutzt den Anschlag, um ihre Hetze gegen Juden und Flüchtlinge im allgemeinen zu betreiben: „Der jüdische Mordversuch in der Pariser deutschen Botschaft hat blitzartig wieder einmal gezeigt, was für Gefahren und Risiken Staaten laufen, die einer jüdischen und bolschewistischen Emigration Unterschlupf gewähren.“ An anderer Stelle sind es nicht mehr allgemein Bolschewisten, die für den Mord verantwortlich gemacht werden, sondern schon präziser Trotzlisten, da Grynspan in „dauernder Beziehung zu trotzkistischen Kreisen stand“.<sup>46</sup> Erinnert wird an den Mord an Wilhelm Gustloff, den Führer der Nationalsozialisten in der Schweiz im Februar 1936: „Der Mord an Gustloff hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, in welche Schwierigkeiten das jüdische Emigrantentum unser Land verwickelt.“ Deshalb müsse „das Emigrantentum auf schärfste überwacht“ und „ohnehin alles getan werden [...], um die Tausenden von zugewanderten Juden, für die bei uns kein Platz ist, abzuschieben“.<sup>47</sup>

In der Berichterstattung vom 11. und 12. November über die Pogromnacht wird die offizielle Sprachregelung Deutschlands übernommen: „Spontane Aktionen“ und „Antijüdische Demonstrationen“ hätten sich in der Nacht vom 9. auf den 10. November ereignet, und in „allen jüdischen Läden wurden Schaufenster demoliert“. Die Zerstörung der Synagogen wird anonymisiert: „Weiter brachen im Verlaufe der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag in den Synagogen Berlins Brände aus.“<sup>48</sup> Obgleich die Feuerwehr eingeschritten sei – „die Synagogen brannten fast vollständig aus“.<sup>49</sup> Antijüdische Demonstrationen und eingeschlagene Fensterscheiben scheinen für *Die Front* weitgehend akzeptabel zu sein. Wenn es um die Zerstörung von Gotteshäusern geht, muß jedoch die antisemitische Gewalt kaschiert werden.

44 Die *Front*, 8. 11. 1938.

45 Ebenda, 9. 11. 1938.

46 Ebenda, 20. 11. 1938.

47 Ebenda, 11. 11. 1938.

48 Ebenda.

49 Ebenda.

Die Konstanzer Synagoge, nahe der Schweizer Grenze gelegen, hat sich denn auch wie von selbst in die Luft gesprengt: „Am Donnerstagnachmittag ist in Konstanz die Synagoge nach einigen kurzen Detonationen in Flammen aufgegangen.“<sup>50</sup>

Die frontistische Berichterstattung legt Wert auf die Feststellung, daß es bei den „judenfeindlichen Kundgebungen“ in Deutschland zu keinen „Tätlichkeiten“ gekommen sei.<sup>51</sup> Gewalt gegen Juden darf zwar geschehen, im öffentlichen Diskurs ist sie aber selbst bei den Frontisten noch nicht formulierbar.

#### Das Israelitische Wochenblatt: Die Stimme der Juden in der Schweiz

Das *Israelitische Wochenblatt* (IW), 1901 gegründet, war in den dreißiger Jahren die bedeutendste jüdische Zeitung der Schweiz. Die jüdische Bevölkerung in der Schweiz, die Ende der 30er Jahre über 20 000 Menschen umfaßte, bestand aus zwei etwa gleich großen Gruppen: Juden mit Schweizer Staatsangehörigkeit und Juden mit ausländischem Paß. Verwandtschaftliche Beziehungen mit jüdischen Familien im benachbarten Deutschen Reich und die kulturelle Orientierung am deutschen Judentum ließen die schrittweise Vernichtung jüdischen Lebens in Deutschland auch als zunehmende Bedrohung für den Fortbestand der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz erscheinen.<sup>52</sup>

Die Berichterstattung zur Pogromnacht beginnt mit einer ausführlichen Schilderung des Attentats auf vom Rath in Paris. Nach einer kurzen Beschreibung des Tathergangs, in der der Begriff „Mord“ oder „Mordversuch“ vermieden wird, bemüht sich der Autor um eine relativierende historische Einordnung des Geschehens: „Es ist dies das zweite Mal seit dem Jahre 1933, also seitdem die Juden durch das Deutsche Reich verfolgt, misshandelt und mehr als Zehntausende von ihnen in den Tod getrieben wurden, dass ein junger jüdischer Mensch sich sträflicherweise dazu hinreissen liess, zum Revolver zu greifen, um gegen das erlittene Unrecht zu protestieren. Es gibt unter den Juden wohl keinen, der diesen tragischen Vorgang nicht genauso bedauert und verabscheut, wie es die Juden bei dem Attentat auf Gustloff getan haben.“<sup>53</sup> Der Autor setzt diesen Balanceakt zwischen Verurteilung des Attentats, Verständnis für den Täter und uneingestandener Genugtuung über die Tatsache, daß auch wieder einmal ein Vertreter des Dritten Reiches für die Judenverfolgungen büßen muß, noch weiter fort. Ausführlich wird die Aussage Grynspanns unmittelbar nach seiner Verhaftung zitiert, in der er sich als Rächer der aus Deutschland vertriebenen polnischen Juden, zu denen auch seine Familie gehörte, bezeichnet.

Umfassend berichtet das *Israelitische Wochenblatt* auch über die Familie Grynspanns in Hannover und in Paris und die „Irrwege“ des heimatlosen Attentäters: „Von Hannover verjagt, wo sie seit ihrer Jugend lebten, hatten sie alles verloren, was sie besaßen. Sein Vater und seine Mutter befinden sich augenblicklich unter den Tausenden von polnischen Juden, die an der Grenze Hunger und Kälte leiden müssen. Ich glaube, dass ihn diese Nachricht getrieben hat, diese Geste auszuführen.“ Vor dem Hintergrund der systematischen Judenverfolgung in Deutschland kann der Journalist den Mordanschlag auf vom Rath nur noch als „Geste“ bezeichnen. In der gleichen Ausgabe, die offenbar noch vor Bekanntwerden der Ereignisse in der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November gedruckt wurde, prognostiziert die Zeitung

50 Ebenda.

51 Ebenda, 12. 12. 1938.

52 Picard, *Die Schweiz und die Juden*, S. 222 ff.

schon schlimme Folgen für die Juden. „Schon aus der Art, wie das Deutsche Reich die Nachrichten über das Attentat durchgibt, [...], lässt sich erkennen, dass Deutschland hieraus irgendwelche neuen ‚Rechte‘ für die grausame Unterdrückung der deutschen Juden ableiten will. Es kann aber kein Zweifel sein, dass alle diese Massnahmen schon vorher geplant waren und zur Ausführung reif waren.“ Der Autor bezeichnet die Maßnahmen Deutschlands gegen die Juden als „Krieg“, und in einem Krieg, so lässt sich daraus ableiten, ist adäquate Gegenwehr erlaubt.

In der Ausgabe vom 18. 11. 1938 findet das Entsetzen über diese neue „Stufe“ des Krieges der Deutschen gegen die Juden seinen umfassenden Widerhall. Auf mehreren Seiten wird unter dem Titel „Unsagbares ist geschehen“<sup>54</sup> der Pogrom in all seinen Facetten geschildert. Der Artikel beginnt mit folgenden Worten: „So grauenvoll und so entsetzlich sind die Leiden, denen unsere Glaubensgenossen in Deutschland ausgesetzt sind, dass man das tiefe Mitgefühl für die gepeinigten und die Abscheu für die Täter nicht mehr in Worte kleiden kann. Noch wissen wir nicht, welche neuen Plagen diesen Unglücklichen bevorstehen, noch wissen wir nicht, wie hoch die Zahl der Opfer ist, die während des Pogroms getötet oder in den Selbstmord getrieben wurden, vor allem aber wissen wir nicht, wie wir den Leidenden tatkräftig helfen können, denn noch befinden sie sich in der Hand der Machthaber.“

Scharf kritisiert wird in einem Bericht des RW der Schweizer Völkerbundskommissar in Danzig Professor Carl Jacob Burckhardt, der bis dahin weder einen Bericht zum Pogrom in Danzig nach Genf geschickt, noch aus Protest seinen Rücktritt eingereicht hatte: „Und das alles geschieht unter der Oberaufsicht des Völkerbundskommissars, der zwar weder etwas dagegen tut, weil er keine Machtmittel hat, noch die Konsequenzen zieht, die man erwarten könnte. Professor Burckhardt hat weder einen Bericht nach Genf geschickt, noch sein Rücktrittsgesuch.“<sup>55</sup>

In der Folge der Pogrome bemühten sich viele Juden in der Schweiz, Verwandte aus dem Ausland in die Schweiz zu holen. Dies wurde ihnen nur bei Hinterlegung einer großen Kaution gestattet. Das *Israelitische Wochenblatt* kritisiert diese Politik, die oft verhindere, daß Familien ihre Verwandten retten könnten.<sup>56</sup> Ausführlich wird auch auf die Ausweisungspraxis der Schweiz eingegangen. „In den Tagen der Bedrängnis sind eine Anzahl Juden illegal über die Schweizerische Grenze gekommen. Sie wurden unnachsichtig zurückgeschickt und ihnen nicht einmal erlaubt, an Verwandte in Paris zu schreiben und einige Tage auf die Antwort zu warten [...]. Vielleicht findet sich ein Parlamentarier, der die Rückschaffungspraxis einmal zur Sprache bringt. Die Fremdenpolizei ist doch davon orientiert, daß alle Anstrengungen unternommen werden, um das schweizerische Asyl nach Möglichkeit abzukürzen; warum sie trotzdem mit so unbegreiflicher Härte vorgeht, ist einfach unerfindlich.“<sup>57</sup>

Offenbar gab es im November 1938 keinen Abgeordneten, der im Parlament die Pogrome verurteilte und für die Rettung der verfolgten Juden eintrat.

#### *Die Presseauschnittsammlung der Jüdischen Nachrichten*

Die *Jüdischen Nachrichten* (JUNA), die Presseagentur des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG), entstand 1933, um mit judenfreundlichen Pressemeldungen die faschi-

54 Ebenda, 18. 11. 1938.

55 Ebenda, 25. 11. 1938.

56 Ebenda, 2. 12. 1938.

57 Ebenda.

stische und nationalsozialistische Bedrohung im In- und Ausland publizistisch zu bekämpfen. Unter der Leitung des engagierten Benjamin Sagalowitz wurde die JUNA nach 1936 zu einer der wichtigsten Abteilungen des SIG, die judenfeindliche Tendenzen genau registrierte und dokumentierte. Im Archiv der JUNA befindet sich auch eine Querschnittsammlung von Berichten und Kommentaren kleinerer Schweizer Zeitungen unter der Rubrik „NS Judenverfolgung: Kristallnacht“.<sup>58</sup>

Allen Berichten ist eine grundsätzliche Ablehnung der Pogromnacht gemein. Die Verwüstungen und die Gewalt gegen Juden werden verurteilt. Sie unterscheiden sich jedoch erheblich in der Bewertung des Geschehens.

Die Berichte lassen sich grob in drei Gruppen einteilen:

- a) „neutrale“, das heißt Berichte, die den Pogrom verurteilen, jedoch den Antisemitismus und den Nationalsozialismus nicht weiter kritisch kommentieren;
- b) „judenfreundliche“, das heißt Berichte, die neben einer Verurteilung der Pogromnacht auch eine weitergehende Analyse und Beurteilung des nationalsozialistischen antisemitischen Terrors bieten und klar Stellung gegen das Dritte Reich beziehen;
- c) „judenfeindliche“, das heißt Berichte, die den Pogrom zwar verurteilen, den Juden jedoch die Schuld für ihre Verfolgung selbst zuschreiben.

*Der Freie Rätier* aus Chur, ein freisinniges, bürgerlich-liberales Blatt, beendet seinen Kommentar zum Pogrom mit folgendem Satz: „Wir gehören weder zu den Philosemiten noch zu den Antisemiten. Selbst wenn wir aber zu diesen zählen sollten, müssten wir uns gegen eine Verwilderung des Denkens und Fühlens wenden, deren Werk die gegenwärtigen Judenverfolgungen in Deutschland sind und die früher oder später Sühne fordern.“<sup>59</sup> Der Journalist, der im Bericht zuvor das Leiden der Juden wortreich schildert und von Grynspan schreibt, „dass er brennenden Herzens die Drangsale seiner Familienangehörigen und Stammesbrüder“<sup>60</sup> erlebt habe, muß sich offenbar dagegen absichern, als Freund der Juden zu gelten. Zwischen ihm, seinen Lesern und den verfolgten Juden soll kein verbindliches Band an Solidarität und Menschlichkeit entstehen.

Dieselbe Haltung findet sich in einem Bericht der Waadtländer Zeitung „Pays Vaudois“, in dem ebenfalls in emphatischen Worten die Verfolgungsvorgänge geschildert werden, um am Ende des Artikels zu betonen: „Nous n'avons pas de sympathie particulière pour les Juifs.“<sup>61</sup> In einem Nachsatz gibt der Berichterstatter auch zu erkennen, weshalb er bei seinen Lesern, zumeist konservativen Bauern, nicht als judenfreundlich gelten will. Es gebe nämlich Juden, welche die Bauern mit ihrem Finanzgebaren schädigten. Aber nach diesem Hinweis, daß die Juden nicht völlig unschuldig seien, setzt er wieder zu ihrer Rehabilitierung an: „Du reste quelle que soit l'opinion qu'on ait des Juifs, il est injuste de les traiter différemment des autres citoyens.“<sup>62</sup>

Es waren zumeist sozialdemokratische Zeitungen, die in ihrer Bewertung der Pogromnacht nicht nur Anteilnahme für die Opfer erkennen ließen, sondern auch die Täter klar beim Namen nannten und den Nationalsozialismus als Gefahr für die Juden und die Völker

58 Das historische JUNA-Archiv sowie das SIG-Archiv insgesamt befinden sich im Archiv für Zeitgeschichte/Dokumentationsstelle Jüdische Zeitgeschichte der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich.

59 Freie Rätier, Chur, 19. 11. 1938.

60 Ebenda.

61 Pays Vaudois, Lausanne, 5. 11. 1938.

62 Ebenda.

Europas anprangerten. Doch werden die Judenverfolgungen auch in den Dienst des Klassenkampfes gestellt. Den nichtsozialistischen Kritikern des Naziregimes wird unterstellt, sie seien nicht aus allgemein menschlicher Solidarität über die Verfolgungen empört, sondern aus Gründen der Solidarität unter den Besitzenden: „Nous avons malheureusement l'impression que le sort des Juifs allemands apparait aux yeux de certains bourgeois comme particulièrement tragique parce que les hitlériens confisquent les biens des riches Israélites. C'est en somme leur sens de la propriété qui se révolte, bien plus qu'un sentiment humanitaire.“<sup>63</sup>

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz wehrte sich als einzige bedeutende politische Kraft des Landes auch gegen den schweizerischen Antisemitismus. Die Freisinnig-demokratische Partei (FDP), die den Bundesstaat seit 1848 prägte, war nicht frei von jüdenfeindlichen Tendenzen. Die oben zitierte Zeitung hat nicht unrecht, wenn sie die FDP mangelnder grundsätzlicher Solidarität mit den Juden bezichtigt.<sup>64</sup>

Insgesamt ist die sozialdemokratische Presse mit den Juden grundsätzlich solidarisch. So wird auch die tödliche Verfolgung des Barons Hirsch in Planegg bei München als grausames Verbrechen geschildert und zugleich die tatkräftige Hilfe eines einfachen Bauern hervorgehoben.<sup>65</sup>

Die katholisch-konservative Presse verurteilt zwar die Verfolgung der deutschen Juden, doch wirken die in den Berichten zumeist einleitend gemachten Erklärungen im Gesamtkontext oft nur noch als Lippenbekenntnisse eines Katholizismus, der sich bemüht, seinen traditionellen religiösen Antijudaismus vom modernen rassistischen Antisemitismus der Nationalsozialisten abzuheben. Tatsächlich unterscheidet sich der teilweise rabiate Antijudaismus der katholischen Presse kaum vom nationalsozialistischem Vokabular. Unter der Überschrift „Der verhängnisvolle Feibel Grünspan“ finden sich Sätze wie: „Nein, der Feibel Grünspan hat an nichts anderes gedacht als an Rache.“<sup>66</sup>

Verschiedentlich wird die nationalsozialistische Judenverfolgung mit der angeblichen Verantwortung der Juden für die Verbrechen des Kommunismus aufgerechnet. Am weitesten geht dabei eine Zeitung im Jura, die unter der Überschrift „Leur conspiration du silence ...! Cela aussi est scandale énorme“ in einem einleitenden Abschnitt die Judenverfolgungen in Deutschland einen Skandal nennt, im weiteren aber nur noch die Verfolgungen von Christen in aller Welt beschreibt. Dies verschweige die Presse, die – so wird suggeriert – jüdisch dominiert sei. Am Schluß der Verschwörungstheorie werden die Hintermänner genannt: „Vrai scandale! Et les juifs doivent le sentir aussi bien que nous aujourd'hui. Et, parmi les plus riches et les plus en vue autrefois en Allemagne et parmi le magnats de l'argent aujourd'hui en France, en Angleterre et aux Etats-Unies, plusieurs devraient sentir au fond de leur âme un poignant remords parce que c'étaient eux, en grande partie, qui poussaient à ces dénis de justice des gouvernements de pays chrétiens envers des chrétiens.“<sup>67</sup>

Die Weltverschwörung der Juden gegen die verfolgten Christen mußte, so suggeriert der Artikel, eines Tages umschlagen in eine Verfolgung der Juden. „Les Juifs doivent apprendre“, ruft der Autor in fetten Lettern seinen Lesern zu. Sie müssen die Fehler ihres antichristlichen Verhaltens erkennen.

<sup>63</sup> La Sentinelle, La Chaux-de-Fonds, 21. 11. 1938.

<sup>64</sup> Picard, Die Schweiz und die Juden, S. 122 ff.

<sup>65</sup> Arbeiter-Zeitung, Winterthur, 9. I. 1939.

<sup>66</sup> Vaterland, Luzern, 12. 11. 1938.

Stellt diese Analyse auch eine extreme Form des zeitgenössischen katholischen Antijudaismus dar, so bedienen sich alle katholisch-konservativen Presseorgane wie selbstverständlich jüdenfeindlicher Schablonen christlicher Prägung. Der rabiate rassistische Antisemitismus der Nationalsozialisten wird letztlich nur als gerechte Bestrafung der Juden betrachtet.

#### Resümee

Sowohl die Schweizer Diplomatie als auch das Gros der nichtjüdischen Presse lehnten die Gewalt gegen Juden, wie sie sich in der Reichspogromnacht entlud, entschieden ab. Diese klare Ablehnung und Verurteilung antisemitischer Gewalt bedeutete jedoch keineswegs eine grundsätzliche Solidarisierung mit den jüdischen Opfern.

Die eingangs formulierte These einer schweizerischen Mischung aus Antisemitismus und Antinazismus kennzeichnet die meisten der in diesem Beitrag untersuchten Berichte. Doch muß auch festgehalten werden, daß selbst im staatstragenden diplomatischen Korps nicht alle offiziellen Vertreter der Schweiz diese Haltung teilten. Der Schweizer Konsul in Köln von Weiss gibt nicht nur seiner Abscheu gegenüber nationalsozialistischer Gewalt Ausdruck, sondern auch seiner Solidarität mit den jüdischen Opfern. Überwiegend blieb jedoch eine deutliche Distanz zu den verfolgten Juden bestehen.

Ein konsequentes Eintreten für die jüdischen Menschen im Dritten Reich, basierend auf einem prinzipiellen Engagement zugunsten humaner Werte, findet sich in der freisinnig-liberalen Presse, die die Schweizer Presselandschaft 1938 dominierte, nur ausnahmsweise. Gerade die *Neue Zürcher Zeitung* erscheint fast wie ein journalistisches Pendant zur diplomatischen Berichterstattung des Gesandten der Schweiz in Berlin, Hans Frölicher: genaue Beobachtung der Vorgänge und eine klare Einschätzung der Bedrohungslage für die Juden, jedoch kein Engagement für die Verfolgten.

In den katholisch-konservativen Presseerzeugnissen verkommt die Verurteilung des Pogroms zumeist zu reinen Lippenbekenntnissen, denen häufig eindeutig antisemitisch gefärbte Kommentare folgen, die sich teilweise nur noch in Nuancen von der antisemitischen Hetze der rechtsextremen Frontisten unterscheiden. Einzig sozialdemokratische und sozialistische Zeitungen bieten innerhalb der nichtjüdischen Presselandschaft neben der Schilderung des antisemitischen Terrors auch grundsätzliche Analysen der nationalsozialistischen Bedrohung.

In der Berichterstattung des *Israelitischen Wochenblattes* werden zum einen der Schrecken und die Trauer über die Vernichtung der deutsch-jüdischen Kultur sichtbar. Zum anderen kommt auch die Isolation der Schweizer Juden gegenüber größeren Teilen der Schweizer Gesellschaft zum Ausdruck, in deren diplomatischen Dokumenten und in deren Presse unterschiedenes Eintreten für die verfolgten Juden nur selten zu finden sind.